

Ostermarsch Bern, 9. April 2007

Redebeitrag von Barbara Müller

„Gemeinsam gegen weltweite Aufrüstung“ ist das Motto des diesjährigen Ostermarschs – ehrlich gesagt, ein ziemlich unattraktiver Titel. Ich spreche hier als Vertreterin des Bündnisses GEGEN Kriegsmaterialexporte, und als solche stelle ich mich ganz klar GEGEN jegliche Militarisierung und Aufrüstung. Ich möchte aber einen Schritt weiter gehen und mein Augenmerk nicht so sehr GEGEN etwas richten, sondern plädiere vielmehr: FÜR zivile Formen der Konfliktbearbeitung, FÜR eine konfliktpräventive Entwicklungszusammenarbeit, FÜR eine kohärente Schweizer Friedenspolitik. Die Schweiz soll nicht das Kriegswerkzeug, sondern das Friedenshandwerk exportieren.

Obwohl die Anzahl direkter, bewaffneter Konflikte abgenommen hat, nehmen die weltweiten Rüstungsausgaben zu. Ein Höhepunkt seit dem Ende des Kalten Krieges wurde im Jahr 2004 erreicht, mit weltweiten Ausgaben von rund 1035 Billion US-Dollar¹. Die Legitimierung dafür bietet der sog. „Krieg gegen den Terror“, der neu „globaler Krieg“ heisst. Es sind aber nicht nur die direkt in diesen Krieg involvierten Länder wie die USA oder Grossbritannien, die aufrüsten, um direkte Militäreinsätze durchzuführen wie im Irak oder in Afghanistan. Teil dieses globalen Krieges sind auch die als „humanitäre Einsätze“ getarnten geostrategischen Manöver, bei denen „militärisch“ und „zivil“ auf gefährliche Weise vermischt werden. Durch solche Einsätze wird im besten Fall die dringend notwendige zivile Infrastruktur gebaut oder wieder aufgebaut, aber gleichzeitig wird die Bevölkerung eingeschüchtert und – im Hinblick auf überregionale Megaprojekte, potentieller sozialer Protest in Schach gehalten. So sind z.B. aktuell 1000 US-Soldaten in Guatemala „humanitär“ tätig – ausgerechnet in einer Region, wo sich indigene Gemeinden gegen die Ausbeutung von Goldminen durch transnationale Unternehmen organisieren.

Auch die Schweiz will ihr militärisches Engagement im Ausland verstärken – zur Debatte steht derzeit das Entsenden von sogenannten „Friedenssoldaten“ nach Afghanistan.

Die Schweiz profitiert im Schatten der als „Sicherheitsmassnahmen“ verschleierte Aufrüstung sowohl als Käuferin wie auch als Verkäuferin. Das Rüstungsprogramm 2006 beinhaltete Beschaffungen für über 1,5 Milliarden Schweizer Franken und ist somit das teuerste Rüstungsprogramm seit 9 Jahren. Derweil betrug das Schweizer Budget für Entwicklungszusammenarbeit im selber Jahr 1,3 Milliarden Franken.

Im selben Jahr 2006 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von rund 400 Millionen Franken. Mehr als die Hälfte des exportierten Kriegsmaterials ging in Länder, welche sich am besagten „globalen Krieg gegen Terror“ beteiligen. Doch wir dürfen uns nichts vormachen über die andere Hälfte der exportierten Waffen, denn früher oder später gelangen alle Exporte in kriegführende Länder oder in Krisenregionen. Oder sie enden in Privathaushalten – wo sie zu tödlichen Spiel- oder Werkzeugen werden. Die Leidtragenden davon sind in der Mehrheit Frauen und Mädchen.

¹ Atlas der Globalisierung, Le Monde *diplomatique* 2007

Es gibt keine Unterteilung in „gute“ und „schlechte“, in „sichere“ und „unsichere“, in „vertretbare“ und „nicht vertretbare“ Waffenexporte, denn: Waffen werden hergestellt um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient.

Ein Beispiel sind die im letzten Jahr die von den Pilatuswerken in den Tschad exportierten, so genannten „militärischen Trainingsflugzeuge“. Dieses Geschäft wurde damit rechtfertigt, dass die Flugzeuge nur zu Trainingszwecken verwendet würden. Dies, obwohl der Tschad gar keine Kampfflugzeuge besitzt, für die Piloten oder Pilotinnen ausgebildet werden müssten. Dafür gibt es mittlerweile Berichte aus dem Tschad, welche die Kampfeinsätze von Pilatusflugzeugen bestätigen.

Der Tschad ist eines der ärmsten Länder der Welt. Die politische Situation ist prekär. Die Schweiz betreibt eine verlogene Aussenpolitik, wenn sie zwar diplomatische Bemühungen, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Krisengebieten unterstützt und gleichzeitig zulässt, dass die Privatwirtschaft Kriegswaffen dorthin exportiert!

Waffenexporte in Konfliktgebiete oder in Länder des Südens widersprechen den friedens-, entwicklungs- und gleichstellungspolitischen Bemühungen der Schweiz. Wenn Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, kommen zivile Konfliktbearbeitungs-Methoden oft zu spät. Sich aus Waffengeschäften zurückzuziehen, wäre ein wichtiger Schritt der Konfliktprävention. In die zivile Konfliktbearbeitung zu investieren und vermehrt das Friedenshandwerk zu exportieren wäre eine konsequente und kohärente Schweizer Friedenspolitik. Ansätze dazu sind vorhanden, denken wir zum Beispiel an zivile Menschenrechtsbeobachtung und -begleitung, an Dialogprojekte und Unterstützung in Friedensgesprächen oder an Minenräumungsprogramme.

Kriegsmaterial-Export ist und bleibt ein Drecksgeschäft! Die einzige saubere Lösung dafür ist ein vollständiges Verbot von Kriegsmaterial-Ausfuhren, welches von der Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ verlangt wird. Helft uns, die noch fehlenden 35'000 Unterschriften zusammenzubringen. Das Ziel des Bündnisses gegen Kriegsmaterialexporte ist es, die Initiative im nächsten Herbst einzureichen!

Barbara Müller, Bündnis gegen Kriegsmaterialexporte
041 375 72 72